

Der oberschlesische



Wanderer

Sport in Oberschlesien

Beste Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint wochentlich, mittags. - Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien 60 Goldpfennig, in Polnisch-Oberschlesien 0,75 Zloty, im Voraus zahlbar. - Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 3,70 Zloty. - Briefe freibleibend. - Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Beile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Beile 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. - Amtliche, Finanz- und Skatulanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. - In Polnisch-Oberschlesien die mm-Beile 0,10 bzw. 0,40 Zloty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. - Beilagengebühr 4,- GM %.

Poincarés Nachfolger ernannt

Finanzminister Marshal französischer Ministerpräsident

Paris 8. 6. Die Empfänge im Elysee dauerten den ganzen Sonnabend hindurch an. Am späten Abend hat Präsident Millerand den Finanzminister Francois Marshal, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Marshal hat diesen Auftrag übernommen und will sich am Dienstag der Kammer und dem Senat vorstellen.

Der jetzt ernannte Ministerpräsident Francois Marshal ist im Jahre 1874 in Paris geboren. Er ist früher Offizier und wurde dann Beamter. Seit 1921 ist er Senator. 1920 wurde er zum Finanzminister ernannt. Er ist ein Anhänger der Politik Poincarés.

Er hat, wie von der Linken vielfach als verfehlte angegriffene Sitzung des französischen Parlamentes durchgeföhrt und ist deshalb gerade in den letzten Tagen des Kabinetts Poincaré viel genannt worden.

U. Paris, 9. Juni. Heute morgen 1/2 11 Uhr haben die neuen Minister ihre erste Konferenz abgehalten. Gegen 1/2 5 Uhr haben sie sich offiziell dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die Minister haben dann den Text der Regierungserklärung abgelesen und beschlossen, sich um 11 Uhr zu einem Ministerrat im Elysee zu treffen.

U. Paris, 9. Juni. Das neue Kabinett ist noch gestern in später Abendstunde gebildet worden. Präsident und Finanzminister ist Francois Marshal. Fünf Ministerien sind mit denselben Mitarbeitern besetzt wie im letzten Kabinett Poincarés.

Politischer Hochbetrieb

Berlin, 10. Juni. Die Ruhepause, die sich der Reichstag bis zum heutigen Morgen gehalten hat, ist für die Reichsregierung eine Unterbrechung ihrer Arbeiten dar. Gegenüber dem Reichstag wird in der Wilhelmstraße ein politischer Hochbetrieb begünstigt. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit sehr lebhaft. Die diplomatische Unterhandlung ist in der letzten Zeit sehr lebhaft. Die diplomatische Unterhandlung ist in der letzten Zeit sehr lebhaft.

Der Kampf um Millerand

TU. Paris, 10. Juni. Die Linkspresse schreibt programmatisch: Dienstag wird die Wottschaft Millerands in der Kammer abgelehnt werden. Die Demission Millerand wird für Mittwoch erwartet. Am Freitag wird voraussichtlich die Wahl des neuen Präsidenten stattfinden. Im Gegensatz hierzu meldet heute das "Journal":

U. Paris, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die gemäßigten Sozialisten haben am ersten Freitag beschlossen, ihren bisherigen Standpunkt in der Präsidentschaftsfrage aufzugeben; sie werden entweder für die Stimmen enthalten oder für Millerand eintreten und zwar aus verfassungsrechtlichen Gründen.

U. Paris, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die "Reue Française" meldet aus Paris: Für die heutige Kammerung errechnet man eine kleine Mehrheit von 25 bis 30 Stimmen für das neue Kabinett. Der Umsturz der gemäßigten Sozialisten hat die Aussicht der Regierungspartei merklich gebessert.

Was die Zukunft bringt

Vor wichtigen Schritten der Reichsregierung. (Eigener Informationsdienst.) (f) Berlin, 9. Juni.

Von einer dem Auswärtigen Amt nahestehenden Persönlichkeit erfahren wir, daß für die nächsten Tage außerordentlich bedeutungsvolle diplomatische Aktionen der Reichsregierung bevorstehen. Wie berichtet wird, handelt es sich zunächst um eine Maßnahme, die Minister Dr. Stresemann mit den Kabinetten in Paris und Brüssel herstellen will, um die deutschen Ehrenforderungen, die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen zu unterbreiten. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. v. Goesch, wird beauftragt werden, nach erfolgter Neubildung der französischen Regierung einen Schritt bei dem Quai d'Orsay zu unternehmen, um die Wünsche der deutschen Regierung vorzutragen. Einen gleichlaufenden Schritt wird der deutsche Gesandte in Brüssel unternehmen. Gleichzeitig soll eine deutsche Rückfrage bei den beteiligten Regierungen erfolgen, um festzustellen, bis zu welchem Termin die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft- und Verwaltungsfreiheit in den besetzten Gebieten erfolgen kann. Von weiterer ausschlaggebender Bedeutung ist die Frage der Auslandskredite, die nur durch eine beschleunigte Wiederherstellung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet gelöst werden könne. Die vor einigen Tagen von diplomatischer Seite erfolgten Antündigungen, daß Reichskanzler Dr. Marx und Minister Dr. Stresemann im Verlauf des nächsten Monats Gelegenheit zu einer direkten Aussprache mit den Regierungsoberhäuptern der beteiligten Mächte haben werden, sind offiziell noch nicht bestätigt.

Der politische Spielstich

Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus London: Bei Lloyd in London wurde am Sonnabend für eine Wiederkehr des Kabinetts Poincaré bei Fortbestehen der Präsidentschaft Millerands innerhalb einem Vierteljahr 3 gegen 2 gewettet.

Unwesenheitszwang für Sozialisten

Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die Times schreiben in ihrer Samstagnummer, aus der Umgebung des Premierministers Macdonald werde berichtet, daß die geringe Mehrheit, die die Abstimmung im Unterhaus über den Bau neuer Arbeiterhäuser gebracht habe, der Regierung die Gefahr einer Niederlage ernstlich zum Bewußtsein gebracht habe. Infolgedessen habe die Arbeiterpartei beschloffen, für alle Bestimmungen den Unwesenheitszwang für ihre Mitglieder einzuföhren.

Strafverbot an der Ruhr

U. Petro, 9. Juni. Die belgische Militärbehörde der Besatzungsarmee teilt mit, daß sie die gegen 50 Deutsche verhängte Strafe, welche aus Anlaß des passiven Widerstandes verhängt waren, amnestiert habe.

Sapan in Erregung

Ob. Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Neuter meldet aus Tokio, daß in der Nacht zum Sonntag in Tokio neue Demonstrationen gegen das amerikanische Konsulat stattgefunden haben. Die bereitgestellte Polizeiwache verhinderte größere Ausschreitungen. In den Lokalen und Hotels wurden anwesende Nordamerikaner zu einer neuen Verhüllung der nordamerikanischen Botschaft gezwungen.

Dr. Seipels Befinden verschlechtert

Wien, 10. Juni. (Eig. Ber.) Im Befinden Dr. Seipels ist gestern Abend eine leichte Verschlechterung eingetreten. Der Kanzler klagt über Schmerzen in der rechten Lunge. Die Temperatur ist gestiegen. Die Ausgabe von Bulletin erfolgt auf Wunsch des Kanzlers nicht.

Der politische Spielstich

Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die Times schreiben in ihrer Samstagnummer, aus der Umgebung des Premierministers Macdonald werde berichtet, daß die geringe Mehrheit, die die Abstimmung im Unterhaus über den Bau neuer Arbeiterhäuser gebracht habe, der Regierung die Gefahr einer Niederlage ernstlich zum Bewußtsein gebracht habe. Infolgedessen habe die Arbeiterpartei beschloffen, für alle Bestimmungen den Unwesenheitszwang für ihre Mitglieder einzuföhren.

Marshals Programm

Gerechter Friede - Warnung an Deutschland

Ob. Basel, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Paris: Minister Marshal warnt in einer Freitagssprache zu Pariser Journalisten Deutschland vor Revanchegedanken. Marshal beruft sich auf seine Erklärung, die er heute in der Kammer abgegeben wird, daß Frankreich nur den Ehrgeiz habe, nämlich, einen gerechten Frieden zu erlangen, ihm also alle militaristischen und imperialistischen Absichten fern liegen.

hinaus ausschlaggebenden Einfluß ausüben. Sie hoffen, daß es ihr gelingen wird, einen besseren Boden vorzufinden als in den letzten Tagen, wo ernste Sorgen, verschärfte innerpolitische Streitfragen den klaren Blick der politischen Räder getrübt hatten.

Macdonald an den Völkerverbund

Berlin, 9. Juni. Macdonald habe kurz vor Pfingsten sein Gesandte über die englische Außenpolitik beauftragt, daß er persönlich der Vollversammlung des Völkerverbundes vorlegen will.

Der russische Streitfall

Die Antwortnote an Deutschland. - Berlin, 9. Juni. (Drahtmeld.)

Nach Kenntnisnahme des Wortlauts der Antwortnote der russischen Regierung im Auswärtigen Amt ist man geneigt, die Lage wieder etwas günstiger zu beurteilen. In der Note sind Schärfer bemerkt, die in Deutschland neue Bestimmungen erzeugen könnten. Die Frage der Territorialität ist, wie wir bereits vor einiger Zeit meldeten, noch nicht geklärt und weiteren Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau vorbehalten. Die Verhandlungen hierüber werden in kürzester Zeit bereits einsetzen, um alle Unklarheiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen. Die Frage wird sich auch infolgedessen nicht mehr so überaus schwierig gestalten, als die Handelsmission in Berlin ihren alten Umfang nicht mehr erhalten wird, da ein Teil der Geschäfte in andere Länder, vor allem nach Holland verlegt worden ist. Die Auswirkungen dieser russischen Maßnahme für die deutsche Wirtschaft lassen sich bisher keineswegs übersehen und es ist nicht als ausgeschlossen, daß, falls diese Maßnahme sich für Russland als unangenehm herausstellen sollte, die Sowjetregierung der Berliner Handelsvertretung wieder einen größeren Rahmen gibt. Nach der Meinung der Sachverständigen sind die Nachteile des jetzigen Zustandes für Russland größer als für Deutschland. Man wird in allen politischen Parteien die Eintracht in der Streitfrage, die wohl die notwendige und sichere Folge des Notenwechsels sein wird, sehr begrüßen, da hierdurch die dunklen Wolken am außenpolitischen Himmel sich um ein wenig verdrängen.